

glaubt daran, daß das ein ausfichtsvolles Beginnen sei? So sind von den bürgerlichen Parteien allein die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum übrig geblieben. Die Deutschnationalen aber sind heute nichts anderes mehr als ein Anhängel der Partei Hitler, eine kleine bedeutungslose Gruppe im Schatten des Hakenkreuzes. So werden sie von den Nationalsozialisten betrachtet, und nur so sehen auch wir sie und gewiß auch der Teil des bürgerlichen Deutschland, der dem radikalen Nationalismus und den unerfüllbaren Versprechungen der NSDAP noch nicht verfallen ist. Tatsächlich steht heute als bürgerliche Partei das Zentrum allein zwischen dem Rechts- und Linkssozialismus. Gewiß gibt es unter den Leuten, die sich in gewisser Weise für den Nationalsozialismus entschieden haben, Hunderttausende, ja man kann sagen Millionen, die an den Sozialismus dieser Partei nicht glauben wollen. „Das Zentrum ist in Arm mit dem roten Marxismus“, das ist ihnen ein geläufiges Schlagwort. Sie glauben gar, daß das Zentrum sozialistisch infiziert sei. Aber die Führer der Nationalsozialisten können noch so sehr in ihren Reden sozialistische Gedanken vertreten, daß die NSDAP eine durch aus sozialistische Partei sind, bestreitet dieser Teil ihrer Anhänger nicht. Für ihn ist der Sozialismus der NSDAP nur ein Anhängel, das Anhängel, das die NSDAP etwa für eine schärfere Besteuerung der höheren Einkommen eintreten, weiß Gott, wie man ihm das in den gleichen bürgerlichen Kreisen antreiben würde. Dagegen tragen diese selben Leute lächelnd beispielsweise den mit kommunistischer Hilfe im Preußischen Landtag angenommenen nationalsozialistischen Antrag auf Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 Mark, obwohl er sozialistischen Geistes in Reinkultur ist. Was hat man sie darauf aufmerksam, so halten sie einem womöglich vorwurfsvoll entgegen, daß das Zentrum sich bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten habe. Erklärt man ihnen, daß das aus taktischen Gründen geschehen sei, um an diesem Beispiel dem deutschen Volk einmal recht deutlich den Sozialismus der Nationalsozialisten zu demonstrieren, so kann man darauf gefaßt sein, mit solcher Deutung keinen Glauben zu finden, ja zu hören, daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Zentrums gewesen sei, sich mit Händen und Füßen gegen die Annahme dieses unsinnigen Antrages zu wehren. Wir glauben allerdings nicht, daß alle Männer und Frauen, die vom Nationalsozialismus etwas halten, so leicht über den Steuerantrag hinweggehen, auch wenn er praktisch bedeutungslos und nicht zu verwirklichen ist. Die „Frankfurter Zeitung“ hat ihn, wie hier eingeschaltet, an Hand der Steuerstatistik auf seine Auswirkungen hin untersucht und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß auf der einen Seite aus Erhöhung der steuerfreien Einkommensteile ein Ausfall von schätzungsweise 1100 Millionen Mark entfallen würde, auf der anderen Seite aus der egorbitanten Besteuerung der hohen Einkommen (von solchen über 46 000 Mark: 80 Prozent) ein Plus gegenüber der bisherigen Leistung von rund 400 Millionen, wobei also als Gesamtergebnis ein Ausfall von rund 700 Millionen zu Buchen wäre. Dazu kämen noch die verschiedenen wirtschaftlichen Folgen, die sich einstellen würden: verlorene Erträge, jeder Unternehmungskraft, damit weitere Vernichtung der Wirtschaft, weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit mit all ihren katastrophalen Auswirkungen. Doch dies nur nebenbei als Beitrag zu den Gedanken, die sich unsere Leser über den Nationalsozialismus machen mögen. Ueberhaupt man so die Fronten in dem Wahlkampf um den neuen Reichstag, so steht man drei sozialistische Parteien, die sich zwar gegenseitig bis auf Blut bekämpfen, aber doch auch wieder sehr viel gemeinsam haben, und ihnen gegenüber steht allein in ungebrochener Kraft, erfüllt von christlichem Glauben, der alle, in unangefochtenen Stürmen bewährte Zentrumsturm. Ist es ein Wunder, daß auch bisherige Wähler anderer Parteien, daß auch Evangelische, wie der jüngst veröffentlichte Aufruf des evangelischen Geistlichen Dr. Paul Mohrbach, des alten Mitarbeiters Friedrich Rammanns, fundiert, auf diesen Turm ihre Hoffnung setzen gegen die Gefahr innen- und außenpolitischer Ausbreitung des Radikalismus? Daß sie der Überzeugung offen Ausdruck geben, daß nur das Zentrum nach Lage der Dinge ein starker Gegenspieler gegen den Nationalsozialismus sein könne? Daß sie sagen, je stärker das Zentrum werde, desto bestimmter könne man annehmen, daß Spiel und Gegenpiel im neuen Reichstag von den besonnenen Kräften gelenkt würden, und daß sie darum zur Wahl des Zentrums auffordern und konsequente Bedenken zurückstellen? Selbstverständlich steht das Zentrum nicht nur gegen den Nationalsozialismus. Die Sozialdemokratie ist genau so sehr Gegner, ganz so schweißend von dem Kommunismus. Vor allem brauchen keine Worte verloren zu werden. Jede Art von Sozialismus, mag er im nationalen oder internationalen Gewande auftreten, lehnt das Zentrum als christliche Weltanschauungspartei ab. Aber nicht nur gegen diese Parteien steht das Zentrum in dem Wahlkampf. Es steht auch in Opposition zur Regierung. Zum ersten Male seit zwölf Jahren kämpft es als Oppositionspartei um seinen Bestand. Aber es kämpft anders, als andere Parteien in der Opposition bisher getan haben. Es wird den ihm eigenen Zug zur Sachlichkeit auch in dieser ungewöhnlichen Kampfsituation nicht verlieren. Das fällt gewiß nicht immer leicht, und menschliche Schwäche mag vielleicht auch hier und da von dieser Linie abweichen. Wenn man schon jetzt in nationalsozialistischen Zeitungen das Zentrum und die Bayerische Volkspartei genau so wie die Sozialdemokratie als „Reichsfeinde“ bezeichnet findet, wenn dort kein Wort zu hart erscheint, um das Zentrum und seine Führer, einen Brüning, einen Kaas, einen Siegelwald der Verachtung preiszugeben, so kann man verstehen, daß es manchem Redner, den das Zentrum im Wahlkampf herausstellt, schwer fallen wird, die Ruhe zu bewahren. Aber es wird trotzdem das Streben des Zentrums sein, sich nicht von der Linie sachlicher Opposition abbringen zu lassen. Die Rede, die Brüning am 17. Juni, am Vorabend der heftigen Wahlen, in Mainz gehalten hat, kann in dieser Hinsicht als ein Musterbeispiel von Oppositionspolitik für die kommenden Wochen dienen. Auch im Kampf gegen die Regierung wird immer im Auge zu behalten sein, daß es nicht etwa Rasthaft sein kann, ihre Autorität vor dem Ausland zu schwächen. Das bedeutet natürlich nicht die kritische Hinneigung von allem, was ihre Vertreter in Lausanne sagen und tun.

Die Reichstagskandidaten des Zentrums im Rheinland.

Wahlkreis Düsseldorf-West.

Die bereits veröffentlichte Zentrumsliste für den Wahlkreis Düsseldorf-West hat bei einem abermaligen Zusammentritt der Delegierten eine kleine Änderung erfahren. An zweiter Stelle steht jetzt Dr. Bell, und Dr. Kellner an vierter Stelle. Dr. Kellner, der für den Wahlkreis Koblenz aufgestellt worden. Ebenso steht ihr Name an vierter Stelle auf der Reichsliste. Der endgültige Wahlvorschlag hat an den ersten elf Stellen folgende Namen:

1. Dr. Heinrich Brüning, Reichstagskanzler a. D.
2. Dr. Bell, Reichstagsminister a. D.
3. Franz Weiser, Verbandsvorsitzender, Duisburg.
4. Johannes Kellner, Landwirt, Krefeld.
5. Dr. Wages, Verbandsdirektor der Kathol. Kaufm. Vereine Deutschlands, Essen.
6. Heinrich Jägerbach, Verbandsvorsitzender, Düsseldorf.
7. Dr. Joseph Jörn, Studienrat, Düsseldorf.
8. Heinrich van de Sandt, Geschäftsführer, Griethausen-Klee.
9. Wilhelm Mauer, Verbandssekretär, Duisburg.
10. Friedrich Frey, von Bittlinghoff-Schell, Schloß Ralbe-Haus.
11. Dr. Adolf Heden, Rechtsanwalt, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gemeinschaft Neuer Industrieller, Neug.

Wahlkreis Düsseldorf-Ost.

1. Dr. Brüning, Reichstagskanzler a. D.
2. Gieseler, Reichstagsminister a. D.
3. Helene Weiser, Ministerialrätin, Vorsitzende des Reichsfrauenrates der Deutschen Zentrumspartei.
4. Schind, Verbandsdirektor.
5. Schmitz, Kaufmann und Industrieller.

6. Glärs, Jugendführer im Christlichen Bergarbeiterverband.
7. Bertram, Landwirt.
8. Wagner, Sekretär im Verband der katholischen Jungmännervereine.

Wahlkreis Köln-Nach.

1. Dr. Brüning, Reichstagskanzler a. D.
2. Dr. Kellner, Vorsitzender des Verbandes katholischer Arbeitervereine.
3. Tausch, Lehrer.
4. Dr. Hennes, Präsident der Vereinigung Christlicher Bauernvereine, Reichstagsminister a. D.
5. Eiler, Genossenschaftsleiter, Vorsitzender des Rheinischen Handwerkerbundes.
6. Ernst, Gewerkschaftsleiter.
7. Gerig, Vorstandsmitglied im DGB.
8. Schetter, Gutsherr und Senatspräsident.
9. Asmuth, Oberpostinspektor, Vorsitzender der katholischen Bauernvereine.
10. Wintler, Verbandssekretär im katholischen Gesellenverein.
11. Timmermanns, Dozentin an der sozialen Frauenschule des RDK.

Wahlkreis Koblenz-Trier.

1. Dr. Brüning, Reichstagskanzler a. D.
2. Dr. Kaas, Prof., Prälat.
3. Berthelmann, Verleger.
4. Wegles, Landwirt.
5. Tremmel, Vorsitzender des christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverbandes.
6. Gihbert, Minier.
7. Dr. Wegermann, Referent im Verband der katholischen Jungfrauenvereine Deutschlands.
8. Hüfer, Landwirt, Präsidialmitglied der Rheinischen Bauernvereine.
9. Graach, Landwirt.
10. Hansen, Konditoreiher.

Eröffnung der Londoner Stillhaltekonferenz.

London, 1. Juli.

Die Vertreter der privaten Gläubiger Deutschlands hielten heute eine erste Sitzung mit den Vertretern des deutschen Stillhalteausschusses ab. Auf Gläubigerseite waren neben Vertretern der Londoner Banken Delegierte aus Amerika, Frankreich, der Schweiz und Holland anwesend. Als erster Punkt wurde die Frage des Zinsfußes erörtert. Von deutscher Seite wird bekanntlich eine Herabsetzung des Zinsfußes verlangt unter Hinweis auf den allgemeinen Rückgang der europäischen Zinsätze seit Abschluß des Stillhalteabkommens. Die englischen Bankiers wollen an einem allgemeinen Zinsfuß von 6 Proz. festhalten, während andere Gläubigervertreter noch höhere Leistungen verlangen. Immerhin spricht man schon jetzt von der Möglichkeit einer allgemeinen Herabsetzung durch gegenseitige Übereinkunft auf etwa 5 Proz. Ferner steht die Frage der effektiven Verzinsung der Forderungen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die deutschen Reichsbank und die anderen deutschen Banken, die die Forderungen der Gläubiger zur Deckung der Zinszahlungen leisten, müssen auf einen Teil der Zinsen verzichten, unter Umständen tatsächlich erlassen wird. Eine allgemeine Herabsetzung der Stillhalteschulden hält man in Kreisen der City nicht für zu erwünscht, wenigstens man sich darüber klar ist, daß einige Schulden auf alle Fälle nur schwer eingestrichen werden können, wenn das Stillhalteabkommen abläuft. Da noch verschiedene andere wichtige Stillhaltetagen zu erwarten sind, wird erwartet, daß die Konferenz sich weit in den Juli erstrecken wird.

Endlich verhaftet!

Berlin, 1. Juli.

Der Zeitungsverleger Dr. Ehrlich und sein Sojus, der Journalist Dr. Spier, (nicht zu verwechseln mit dem früheren Zentrumsjournalisten und späteren Reichspostchef Dr. Karl Spier) wurden heute verhaftet. Ehrlich betrieb einen Verlag, in dem der „Industrielle Kurier“ erscheint. In diesem Blatt pflegte Ehrlich Artikel zu veröffentlichen über prominente Persönlichkeiten aus großen Industrieunternehmen. Dabei soll er wiederholt derartige Veröffentlichungen unterlassen haben, nachdem er von den betreffenden Persönlichkeiten hohe Bestechungssummen erhalten habe, so im Falle des

Aber auch scharfe Kritik, wie sie etwa für die Unterhaltung des Reichstagskandidaten von Papen mit dem Vertreter des „Main“ am Tage war, daß nie das über alle Parteigrenzen stehende Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes aus dem Auge lassen. Opposition solcher Art ist für jede Regierung geradezu notwendig. Die Regierung von Papen scheint das, wie ihr Verbleib gegen die „Kölnische Volkszeitung“ beweist, noch nicht erkannt zu haben. Sie ist nicht gut beraten, wenn sie ein Blatt der Opposition mundtot zu machen sucht, während sie nicht minder scharfe Bemerkungen regierungsfremder Blätter ruhig passieren läßt, wie etwa die Ankerung der „Deutschen Tageszeitung“ zur selben Sache, daß „die fortgesetzten Anbiederungsversuche des Kanzlers nicht der Würde Deutschlands entsprechen“. Doch auch dies nur als eine Randbemerkung zum Wahlkampf, zu einer Episode freilich, die signalhafter Art ist. Der eigentliche Wahlkampf des Zentrums beginnt am heutigen Sonntag mit Wahlreden Dr. Brünings im Rheinland. Seine Gesundheit ist erfreulicherweise wieder so gestärkt, daß man hoffen darf, daß er, der unbestrittene Führer der bürgerlichen Opposition, das große Redeprogramm, das er auf sich genommen hat, durchführen wird. Zu dem Wahlkampf ist auch, worauf noch besonders hingewiesen sein möge, eine sehr instruktive Broschüre von Zentrumseite erschienen. Sie ist in unserer Zeitung schon einmal genannt worden. Ihr Verfasser ist Prälat Dr. Georg Schreiber, ihr Titel „Brüning, Hitler, Schleicher“.

Hoover und Roosevelt.

Zu den wichtigsten Entscheidungen von weltpolitischem Ausmaß gehört in diesem Jahre die amerikanische Präsidentenwahl. Von ihr hängt außerordentlich viel ab, vor allem wird danach erst ein festeres Hervortreten der Vereinigten Staaten in den Bemühungen um die Beendigung der

Direktors Jappel aus dem Dewaheim-Projekt. Auch in mehreren anderen Fällen soll Ehrlich auf diese Art gegen Persönlichkeiten, über die er irgend etwas erfahren hatte, vorgegangen sein. Es sollen ihm auf diese Weise mehrere Hunderttausend Mark Bestechungsgelder zugeflossen sein. Nach unseren Informationen ist der Beweis für diese Vorwürfe erbracht. In der journalistischen Fachpresse ist der Fall des „Industriellen Kuriers“ bereits der Wochen behandelt worden, denn es handelt sich hier um Bemühungen um die Reinhaltung der deutschen Presse, um berufsethische Überzeugungen, die dem Reichsverband der Deutschen Presse wie dem Deutschen Zeitungsverlegerverein in gleicher Weise eigen sind. Dem energischen Vorgehen eines bekannten Berliner Journalisten ist es gelungen, das Treiben der beiden Pressebanditen aufzudecken.

Schwere politische Zusammenstöße in Bremen.

Bremen, 2. Juli.

Die NSDAP. hatte am Freitagabend im Café Flora in Waller, einer vorwiegend von Kommunisten und Sozialdemokraten bewohnten Gegend, eine Versammlung einberufen. Die Nationalsozialisten wurden mit Gewalt von ihrem Parteimitglied unter politischer Bedrohung zum Verlassen des Lokal gedrängt. Die Menge verlor die Kontrolle, gegen die Nationalsozialisten vorzugehen, wurde aber immer wieder von den Polizeibeamten, die meistens von dem Sammlerappell Gebrauch machten, zurückgehalten. Ein Mann wurde verletzt, die Polizei zum Austritt gezwungen und typischerweise den Anhängern auf die Straße. In einer anderen Stelle wurde ein Privatkraftwagen umgeworfen. Die Polizei nahm acht Verhaftungen vor.

Schiffszusammenstoß an der irischen Küste.

London, 1. Juli.

Der finnische Viermaster „Melbourne“ ist auf der Höhe des Leuchtturmes gestrandet an der Küste der irischen Grafschaft Cork mit dem Petroleumtankerschiff „Seminole“ zusammengestoßen und gesunken. Elf Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, der erste und der dritte Offizier, ertranken, fünfzehn wurden gerettet. Das Petroleumschiff „Seminole“ ist fast ganz unbeschädigt geblieben. Die „Melbourne“ gehörte zu einer Flotte von Segelschiffen, die Jahr um Jahr mit einer Getreideladung von Australien nach Falmouth oder Queenstown fahren. Diese alljährliche Reise hatte sich mittlerweile zu einer Art von Schnelligkeitswettbewerb zwischen etwa 20 Schiffen entwickelt.

Bestwirtschaftsliste zu erwarten sein. Die Wahl findet Anfang November statt. Ihr vorangegangen sind jetzt die Kongresse der beiden großen Parteien, der Republikaner und der Demokraten. Von diesen Kongressen, bei der Tagungsstätte Chicago, ist wie üblich die Wahlparole ausgegeben und die Schilderhebung der Präsidentschaftskandidaten vorgenommen worden. Der republikanische Kongreß, der zuerst stattfand, hat bekanntlich wieder den Präsidenten Hoover aufgestellt, der demokratische Parteitag dagegen, dessen Tagung noch nicht beendet ist, hat am Freitag nach drei vergeblichen Abstimmungen in der vierten Abstimmung mit 945 von 1148 Stimmen Franklin Roosevelt, den Kandidaten der Demokraten der südlichen und westlichen Bundesstaaten, nominiert, während auf den demokratischen Präsidentschaftskandidaten des Wahlkampfes von 1928 Al Smith nur 190 Stimmen entfielen. Man hatte nach den vorausgegangenen Debatten schon mit dem Siege Roosevelts gerechnet. Schlimm Hoover vor vier Jahren Al Smith, so war ihm das auf die Vergebung der fortgesetzten Prosperität hin gelungen. Das Vertrauen seiner Wähler darauf ist freilich sehr enttäuscht worden. Die wirtschaftlichen Depression hat auch über Amerika ihre Schatten gelegt, und die Prosperität ist wie ein Qualm verfliegen. Ob das Hooverische Schuldensystem und das jüngste Hervortreten des Präsidenten mit der Volkswirtschaft an die Arbeitslosenfrage, die amerikanischen Wähler über die wirtschaftliche Enttäuschung hinwegbringen und Hoover die Töne der Wahlkampfzeit erhalten werden, ist sehr ungewiß. Außenpolitische Probleme sprechen bei solcher Entscheidung in Amerika nur wenig mit. Den Ausschlag geben vielmehr die inneren Fragen. Und da hat in den Beratungen der beiden Kongresse vor allem die Alkoholverfrage im Vordergrund gestanden. Soll Amerika trocken bleiben oder soll es wieder nach

werden? Die Republikaner haben sich nur zur Aufnahme einer Kompromißbestimmung in ihr Wahlprogramm entschließen können, nach der künftig den Bundesstaaten die Alkoholverfrage zur Entscheidung überlassen werden soll. Auf dem demokratischen Kongreß haben dagegen die „Rassen“ einen ganz überlegenen Sieg davongetragen. Mit etwa Dreiviertelmehrheit ist die Aufnahme der Forderung der völligen Aufhebung des Alkoholverbotes in das demokratische Parteiprogramm beschlossen worden. Bis die Abstimmungen durchgeführt sind, die zu der Aufhebung notwendig sind, soll die Herstellung eines solchen Bieres erlaubt sein. Dessenwegen Staaten, die aus eigener Machtvollkommenheit die Prohibition beibehalten wollen, sollen weiterhin den Schutz der Bundesregierung für die Durchführung erhalten. Das neue Programm der Demokraten unterscheidet sich außerdem von den republikanischen Grundthesen in drei wesentlichen Punkten: einmal wird schärfste Durchführung der Antitrustgesetze gefordert, zweitens werden heftige Angriffe gegen die Hochschulmolekularien erhoben und an ihrer Stelle befähigt der Schutz einzelner nationaler Industriezweige empfohlen; drittens betonen die Demokraten erneut ihre Opposition gegen die Kriegsschuldenstreichung, wobei die Eventualität einer Schuldenerleichterung unerwähnt bleibt. Die Republikaner haben sich dagegen Hoovers Junction zwischen Rüstungs- und Schuldenerleichterung zugewandt. Wichtig ist auch die sozialpolitische Parole der Demokraten: Altersversicherung und Arbeitslosenversicherung durch die einzelnen Bundesstaaten, denen die Bundesregierung Kredite zur Durchführung der Arbeitslosenhilfe und öffentlicher Arbeiten überweisen soll. Das alles sind ohne Frage sehr kräftige Maßnahmen für die Kandidatur Roosevelts. Aber im Verlauf des Wahlkampfes hat auch Hoover noch Gelegenheit zu Gegenzügen, und dann kommt es auch zur Beeinflussung der Massen der Wähler noch sehr auf die Persönlichkeiten an, die sich in den einzelnen Bundesstaaten für die offiziellen Kandidaten einfeilen. Was uns auch vielleicht das demokratische Parteiprogramm als augenfälliger erscheinen, so ist es doch noch ganz ungewiß, unter welchem Manne das amerikanische Volk die nächsten vier Jahre seinen Führer wählen wird. Daß die Segenheit gegen das Alkoholverbot außerordentlich stark zugenommen hat, steht allerdings fest. Aber in dieser Hinsicht sind doch auch in den einzelnen Staaten noch starke Verschiebungen vorhanden, so daß es durchaus fraglich ist, ob die amerikanischen Wähler der generellen oder der bundesstaatlichen Neuordnung der Alkoholverfrage den Vorzug geben.

Kube über Hitler-Diktatur.

Die Forderungen der NSDAP an Preußen.

Frankfurt/Main, 1. Juli.

Der Führer der NSDAP-Fraktion im Preussischen Landtag, Abgeordneter Kube, richtete heute hier in einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten scharfe Angriffe gegen die Parteien der Weimarer Koalition und führte weiter aus, am 31. Juli gelte der Kampf nicht dem Rabenst von Wapen, sondern dem alten System. Es werde den Deutschnationalen nichts anderes übrig bleiben, als sich Hitler und der NSDAP anzuschließen. Zu der Regierungssitzung in Preußen erklärte der Redner: „Wir sind bereit, die Regierung zu übernehmen, aber ohne jede Bindung. Wir sind bereit, den Ministerpräsidenten zu stellen, aber dieser Ministerpräsident nimmt nicht Aufträge der anderen Parteien entgegen, sondern nur Adolf Hitler. Wenn wir nach dem 31. Juli in eine Koalition gehen, so unter der Bedingung, daß wir den Ministerpräsidenten, den preussischen Innenminister, den Kultusminister, den Landwirtschaftsminister und wahrscheinlich auch den Justizminister stellen. (Sehr nach vorne!) Stellen wir den Innenminister, dann sind morgen alle 45 Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben. Das neue Preußen will neue Männer und neue Methoden.“

Um die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungen.

Berlin, 30. Juni.

An den Reichsarbeitsminister ist die Frage herangekommen, ob in der Arbeitslosenversicherung in der Krisenfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorseorge für den Fall der Arbeitslosigkeit gegeben werden, zu berücksichtigen sind. Der Reichsarbeitsminister hat bereits in einem Erlaß vom 29. Juni 1932 darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, solche Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung außer Anrechnung zu lassen. Damit erledigt sich die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit.

Dermischte Nachrichten.

Eine Unwetterkatastrophe.

(Breslau, 1. Juli. Im Kreise Nympha ging gestern ein Unwetter nieder, das auf weiten Strecken binnen kurzem die gesamte Ernte restlos vernichtete. Im Niederschlag fiel eine Viertel Stunde lang Hagel in Tauwassergröße. Das Gebiet zeigt ein Bild der Verwüstung. Die Telefonbrücke fand 3. J. zerfallen. In Grünhau ist auf der einen Straßenseite kaum ein Fenster ganz geblieben. Noch gegen Abend lagen die Hagelförner bis zu 15 Zentimetern hoch.

Kampf mit Eindringern.

(Berlin, 1. Juli. Zu einem aufregenden Kampf zwischen Eindringern und einer Kriminalpolizeistreife kam es heute nachmittags im Osten Berlins. Die Kriminalbeamten wurden von einer hundertsten zählenden Menschenmenge, die für den Einbruch der Tante ergriff, immer mißhandelt. Mit Hilfe von Schupo konnte erst wieder die Ruhe hergestellt und

Politische Zusammenstöße.

(Stuttgart, 1. Juli. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Demonstration kam es gestern Abend in der Altstadt zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Fünf Personen wurden schwer verletzt.

Aus 8 000 Meter Höhe abgeprungen.

(Paris, 29. Juni. Am Mittwoch fliegte der junge französische Fallschirmkämpfer Rochenau einen neuen Höhenweltrekord im Fallschirmabprun auf, indem er aus 8 000 Meter Höhe abprang. Der Versuch war von Erfolg gekrönt. Der junge Fallschirmkämpfer gelangte nach 25 Minuten glatt auf den Boden.

Quadrupel

Ueber vieles gefeiert. Begeisterung bedeutungslos. nehmen die Mitwirkenden maßhafte nung der Lärm des Anstah gew. Gesellschaft. Das vom „Saup“ „Jum“ können. lichen Verhältnisse als derart. großen Zähl. machen, das. Es hie. völig zu v. wieder gefe. gewärtigen der irische. schwerer wi. Kamel dur. dem H. W. denken, die. Proletariat. Existenzmin. Pius XI. am. erteilt mit. Herzens ab. Hände Ar. sehung Uns. In sein. Das XIII. es. daß „aus le. Wohlstand d. die Belsper. Angabe Pro. gesamten B. lichen sich n. konnte in d. vorerzuehm. Ueberhülle. spruch, dem

„Quadragesimo Anno“ fordert die Befreiung des Proletariats.

Ueber das Rundschreiben „Quadragesimo anno“ ist vieles geschrieben worden. Gedankenlose schwärmende Begeisterung und Verleumdung, Inhalt und Wert als völlig bedeutungslos hinzustellen. Wir jungen Katholiken nehmen die Enzyklika ernst. Der hl. Vater hat unter Mitwirkung hervorragender Sachkenner, darunter auch namhafte deutsche Männer, zur gesellschaftlichen Ordnung der Gegenwart Stellung genommen. Das Jubiläum des „Aeterni novissimi“ ist dabei sicher nicht so sehr Anlass gewesen, als vielmehr der heutige Zustand der Gesellschaft.

Das Kernstück des Rundschreibens ist das Kapitel vom „Gaußel des heutigen Zustandes“, worin es heißt: „Nun können aber die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart ohne Ueberreizung als derartig bezeichnet werden, daß sie einer ungeheuer großen Zahl von Menschen ein außerordentlich schweres Leben, das eine Notwendigkeit, ihr ewiges Heil zu wirken.“

Es hiesse Sinn und Bedeutung des Rundschreibens völlig zu verkennen, wollte man sagen, wie das immer wieder geschieht, bei diesem scharfen Urteil über den gegenwärtigen Zustand zuerst an den Reichen, im Besitz der irdischen Güter sich Befindlichen denken, dem es schwerer wird ins Himmelreich einzugelassen, als einem Knecht durchs Nadelöhr zu gehen. Nein, wir müssen mit dem hl. Vater an die Millionen und aber Millionen denken, die nach einem Gesetz der Wirtschaft „zur ewigen Proletariat und zu einem Leben an der Grenze des Existenzminimums verdammt“ sein sollen und denen Pius XI. am Schlusse seines Rundschreibens seinen Segen erteilt mit dem Zusatz: „In besonderer Liebe Unseres Herzens aber den Arbeitern und allen übrigen mit ihrer Hände Arbeit Beschäftigten, die von der göttlichen Vorsehung uns ganz besonders anbefohlen sind.“

In seinem Rundschreiben „Aeterni novissimi“ hat Leo XIII. es bereits als „lauterste Wahrheit“ bezeichnet, daß „aus keiner anderen Quelle als aus der Arbeit der Wohlstand der Völker fließt“. Dazu muß man einmal die Besitzverhältnisse in Deutschland betrachten, wo nach Angabe Professor Bauers 80 Tausend zwei Drittel des gesamten Reiches innehaben und die übrigen 82 Millionen sich mit einem Drittel des Reiches begnügen müssen. Mit Recht sagt das Rundschreiben: „Ganze genug konnte in der Tat das Kapital ein Uebermaß für sich vorrechnen. Das gesamte Ertragnis, die ganzen Ueberflüsse nahm das Kapital vorweg für sich in Anspruch, dem Arbeiter kaum die Notdurft für die Erhal-

tung der Arbeitskraft und ihre Reproduktion überlassend.“

Daß diese ungerechte Güter- und Reichumsverteilung dem doppelten Sinn jeden Eigentums, nämlich dem Einzelwohl und dem Gesamtwohl zu dienen, nicht entspricht, wird deutlich ausgesprochen und denen, die es nicht sehen, mit aller Schärfe gesagt: „Gegen dieses Gesetz (daß bei der Vermessung des Anteils an dem Besitz der Güter dem Gesamtwohl nicht zu nahe getreten werden darf) aber veründigt sich alsbald eine satte Burgeoisie, die in naiver Gedankenlosigkeit es als die natürliche und befriedigende Ordnung der Dinge ansieht, daß ihr allein alles zufällt und der Arbeiter leer ausgeht.“ Und weiter: „Gott sei es geklagt, wirklich hat es Kette gegeben und gibt es sogar heute noch, die sich des katholischen Namens rühmen... bei denen das Gewissen sogar zur gewinnflüchtigen Ausbeutung des Arbeiters schweigt. Ja, selbst das findet sich, daß man gerade die Religion vorzuführen sucht als Wandschirm, hinter dem man sich mit seinen ungerechten Machenschaften verhehlt und durchaus gerechten Forderungen der Arbeiterkraft sich entzieht.“

Sie sind es, die die Schuld tragen, daß auf die Kirche der falsche Schein und die Verdächtigung fallen konnte, sie begünstige die Besitzenden und läse die Leiden und Misse der Entbehrten dieser Erde teilnahmslos mit an. Es ist Auffassung der Kirche, daß bei einem „Loß der Armut“ nur die freiwillige Armut gemeint ist. Aufgezungen Armut ist „das größte soziale Uebel“, weil es die Entwicklung des Menschen zu seiner Lebensvollendung unterbindet. Darum fordert die Enzyklika „die Befreiung des Proletariats“ durch soziale Gerechtigkeit. Zunächst muß die „Gerechtigkeit die Streikstoffe sozialer Konflikte aus der Welt schaffen“. Jedem soll also sein Anteil zukommen; im Ergebnis muß die Verteilung der Erdengüter, die heute durch den ungeheuren Gegensatz von wenigen Ueberreichen und einer unübersehbaren Masse von Eigentumslosen auf schwerste Gefahr ist... wieder mit den Forderungen des Gemeinwohls und der Gemeinwohlgerechtigkeit in Uebereinstimmung gebracht werden.“

Und so enthält das Rundschreiben klar und unmißverständlich eine lange Reihe von Forderungen zur Abstellung der Uebelstände: Beteiligung der Arbeiter an Lohn und Gewinn; Leistung eines Familienlohnes, der es dem Arbeiter ermöglicht, eine Familie zu ernähren, damit „der schändliche Mißbrauch verschwinde, daß Hausfrauen und Mütter wegen Unzulänglichkeit des väterlichen Arbeitsverdienstes zum Schaden ihres häuslichen Pflichterfüllens und besonders der Kindererziehung Erwerbsarbeit nachzugehen genötigt sind.“ — Stehlung der

Minderbemittelten auf Großbesitz. — Gelunden, menschenwürdigen und familienfördernden Wohnungsbau. — Vermögen- und Eigentumsbildung durch erhöhte Löhne, die Sparen ermöglichen. — Daseinsunsicherheit beseitigen, den Arbeiter gegen Beschäftigungslosigkeit schützen und ihm die beruhigende Gewissheit geben, daß seine Hinterbliebenen nicht ganz unversorgt dastehen. — Volle soziale Anerkennung des Arbeiters in der menschlichen Gesellschaft. — Wandlung des Eigentumsbegriffs, „der, wie die übrigen grundlegenden Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens nicht unwandelbar ist“. — Strenge und feste Handhabung der Wirtschaftsmoral und Wirtschaftsmacht durch den Staat als den Hüter des Gemeinwohls.

Wenn in einem früheren Artikel zur „Quadragesimo anno“ hier die Aufgabe gestellt wurde, wir jungen Katholiken müßten uns mit den Fragen der gesellschaftlichen Ordnung und mit dem Inhalt des päpstlichen Rundschreibens vertraut machen, so ist diese berechtigte Forderung noch in einem Punkte zu ergänzen. Das Rundschreiben stellt in scharfer Sprache die Schäden unseres Wirtschaftssystems fest und fordert gründliche Abhilfe. In der Sprache der Zeit verkündet es altes katholisches Gedankengut und möchte jetzt einen klaren gemeinsamen Willen der deutschen Katholiken fördern und bilden, der sich auswirken muß in den praktischen Entscheidungen der politischen Vertretung des deutschen Katholizismus — in der Zentrumspartei. Da dürfen nicht allein katholische Grundsätze verteidigt werden, sondern nach den Grundrissen muß man sich zu eindeutig geplanten Taten bekennen und dafür einsetzen. Es genügt nicht, das Gemeinwohl schlechtthin zu bejahen, es aber in seiner Formung anderen zu überlassen. Nein, das Rundschreiben bietet eine reiche Handhabung zur Formung und Gestaltung der sozialen Gerechtigkeit, die unserem Volke in den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht. Entscheidungen in Regierungen und Parlamenten lassen immer mehrere auch denkbare und vertretbare Lösungen zu, müssen aber schließlich doch in einer ganz bestimmten Form getroffen werden. Und darum muß sich die Zentrumspartei im Wirtschaftlichen und Sozialen zu einem klaren Programm bekennen, das sich im Wesentlichen an der Enzyklika orientiert.

Daß die Zentrumspartei, oder besser der deutsche Katholizismus, dabei mit dem deutschen Sozialismus manche gemeinsame Wege gehen müßte, sollte eigentlich verständlich sein. Ueber den Sozialismus spricht das Rundschreiben sehr scharfe Urteile, stellt aber auch fest, daß sich viele Forderungen des gemäßigten Sozialismus durchaus nicht unterscheiden von den berechtigten Forderungen christlicher Sozialreformer. Die deutschen Katholiken müßten erkennen, daß neben ihnen im Sozialismus die Millionen Proletarier stehen, die im Rundschreiben gemeint sind und

daß katholische und sozialistische Politik sich treffen in der Forderung nach Gemeinschaftsgewinnung, Gerechtigkeit und Liebe, und daß sie beide damit die Fundamente zu einer geordneten sozialen Gesellschaft stellen.

Erkenntnis und Willen des katholischen Volkes für diese Notwendigkeiten zu beeinflussen, den Widerstand, den die Enzyklika wegen ihres harten Urteils und ihrer strengen Forderungen selbst bei Katholiken findet, zu brechen, Volkvertreter und Partei zu drängen, für eine gerechte Neuordnung der Gesellschaft entschieden einzutreten, das ist eine zweite wichtige Aufgabe für jeden jungen Katholiken.

M. S. 1142.

Gesellschaftliches. Bauern-Siedlungen.

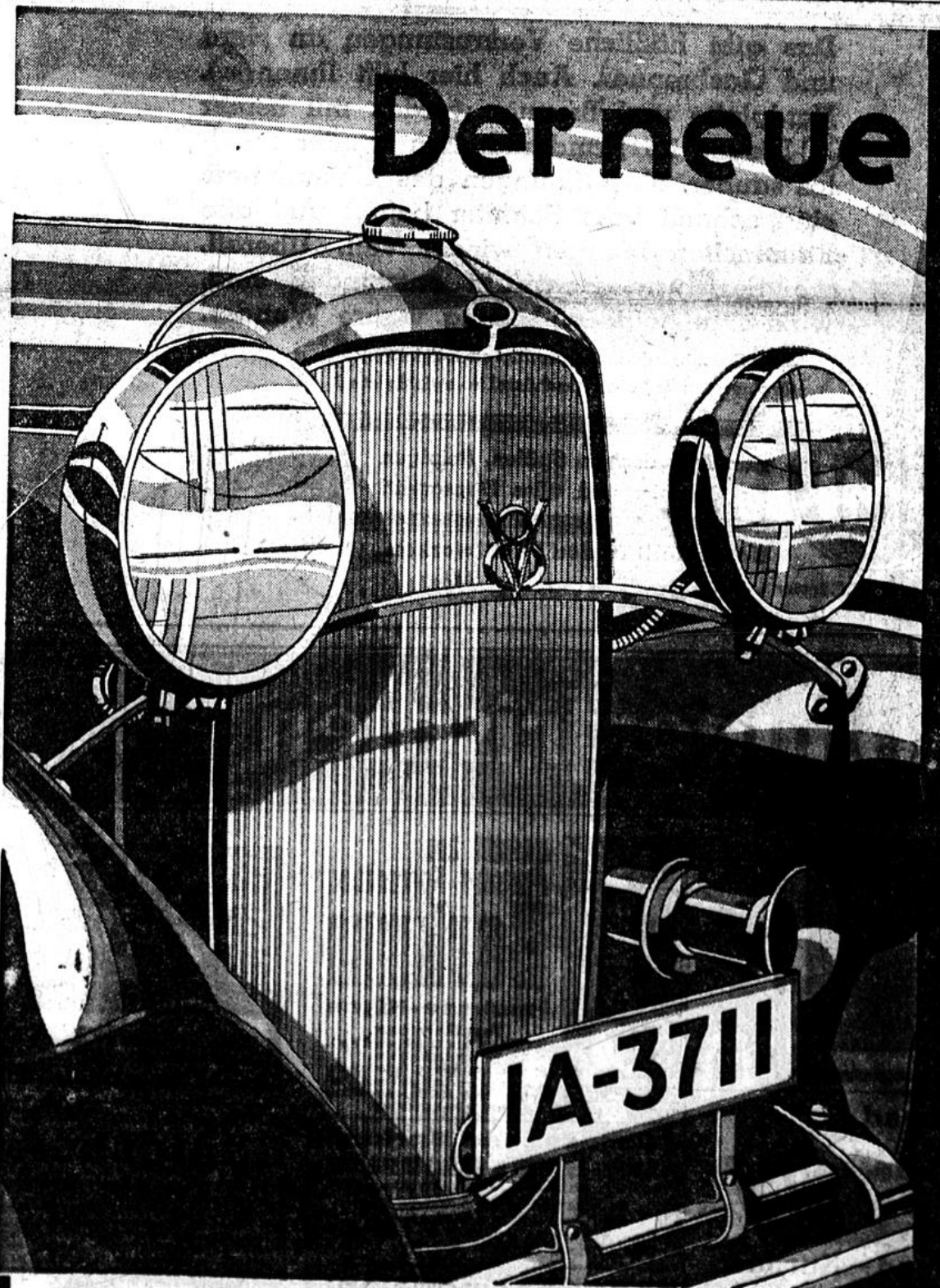
Landwirten, Landwirtschäften usw. bietet sich Gelegenheit, Siedlerstellen in Größe von 40 Morgen ab aufwärts zu erwerben. Ein Eigenkapital von 5000 Mark ist bei Erwerb einer Siedlung von 40 Morgen als Anzahlung erforderlich. Die Siedlung erhält neue praktische Gebäude und kleines Inventar. Auch etwas Wald wird außer den 40 Morgen vorhanden sein. Wegen der unmittelbaren Nähe der ca. 40 000 Einwohner zählenden Stadt Rathenow mit Kirchen und Schulen beider Konfessionen, auch höheren Schulen, und der guten Bahnverbindungen kann jedem Siedler diese günstige Gelegenheit zum Erwerb einer eigenen Siedlung empfohlen werden. Es handelt sich um prima Boden. Es kommen derzeit 40 Siedlerstellen in Frage. Nähere Auskunft erteilt unentgeltlich die Zweigstelle der „Eigenland“ Siedlungs- und Bau-Ges. m. b. H., Münster i. W., Bremer Str. 83 part. (Wir verweisen auf die Anzeige in der heutigen Ausgabe.)

Miteneffener Schweinemarkt.

Miteneffener, 2. Juli. Gesamtauftrieb: 2482. Es folgten: 8-12 Wochen alt 10-15 Mark, Käufer 8-4 Mark, alte 15-20 Mark, 4-6 Monate alt 20-35 Mark. Marktverlauf langsam.

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Nach wie vor ist sie uns unentbehrlich. Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde. Um mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Zahnpulver benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnpulver. gez. C. Guboda, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 66 Pf. und 80 Pf. und weiße Zähne bis zur Wurzel.



Der neue

FORD ist da!

Das große Ereignis für alle Automobil-Interessenten

Ein 8-Zylinder-Wagen für weniger als RM.5000.-

Die neuesten 4- und 8-Zylinder-Ford-Modelle sind

in 14 verschiedenen Typen lieferbar.

Vollkommen neuartige und doch nach den bewährten Ford-Grundsätzen konstruierte Wagen. Den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Preise, modernen Ansprüchen angepaßte Ausstattung u. Formgebung

Der verbesserte 2-Liter-4-Zylinder-Wagen und der 1-Liter-4-Zylinder — der Wagen für jedermann — erscheinen in Kürze



FORD MOTOR COMPANY AG KÖLN AM RHEIN

Die Credit A.-G. für Ford-Fahrzeuge finanziert Ihren Ankauf

Die neuen FORD-Modelle:

wollen Sie ab Sonntag, den 3. Juli 1932, in den Ausstellungsräumen der FORD-Generalvertretung

Fischer & Co. G.m.b.H., Münster, Bahnhofstraße 48

besichtigen.

4/20 PS. (1 Liter)
8/40 "
13/50 "
14/65 PS. als 8-Zylinder

als 4-Zylinder

Telephon 23644/45

